

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Abonnement
viertelj. 1 M. 50 Pf. einschließl. des „Mustr. Unterhaltungsbl.“ u. der Humor. Beilage „Seifenblasen“ in der Expedition, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.
Telegr.-Adresse: Amtsblatt.

Erscheint
täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag. Insertionspreis: die kleinspaltige Zeile 12 Pf. In amtlichen Teilen die gespaltene Zeile 30 Pf.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.
56. Jahrgang.

Fernsprecher Nr. 210.

Nr. 128.

Mittwoch, den 13. Oktober

1909.

Holzversteigerung auf Auerberger Staatsforstrevier.

Im Hotel „Stadt Leipzig“ in Eibenstock.

Mittwoch, den 27. Oktober 1909, von vormittags 9 Uhr an
81,5 rm w. Brennholz, 258 rm w. Brennholz, 2,5 rm h., 0,5 rm w. Jachen,
5,5 rm h., 41,5 rm w. Aeste, 162 rm w. Stöcke,

von nachm. 1 Uhr an
19 h. Ästher 16-51 cm Stärke, 6126 w. Ästher 7-15 cm Stärke,
4106 w. 16-22 1991 23-57
in Abt. 66 (Rahlschlag), 1, 3-17, 19, 21-44, 46-49, 51-53, 59, 63-65 (Eingelholzer).
Besondere Verzeichnisse dieser Hölzer werden auf Verlangen von dem unterzeichneten Forstrentante abgegeben.
Eibenstock, am 11. Oktober 1909.
Königl. Forstrevierverwaltung Auerberg. Königl. Forstrentamt.

Tagesgeschichte.

Ueber das innerpolitische Programm des Reichskanzlers will der Berliner Korrespondent des „Petit Parisien“ erfahren haben, daß die Beratung zwischen Kaiser und Kanzler zu Hubertusstock am Sonntag sich um die von dem Kanzler im Reichstage einzuführende Politik bewegte. Die Regierung wird fortan freie Hände haben und an keine Partei mehr gebunden sein. Die Regierung wird mit keiner Partei irgend eine bestimmte Vereinbarung abschließen. Sie wird je nach Bedarf sich einer Gruppe oder Fraktion bedienen, um die Annahme dieses oder jenes Projektes durchzuführen. Wie einem Wort, die Regierung wird vollständige Unabhängigkeit bewahren. In diesem Sinne werden auch die Erklärungen, die der Reichskanzler im Reichstage bei seiner Vorstellungsbrede abgeben wird, gehalten sein.

Der Reichstags-Präsident Graf Stolberg soll sein Mandat niederlegen. Nichts Geringeres forderte eine Wähler-Versammlung seines Wahlkreises Hpt-Johannisburg, die in dem zuletzt genannten Orte abgehalten wurde. Grund dieses Verlangens ist die Zustimmung des Grafen zur Erbansfallssteuer in der entscheidenden Reichstagsitzung vom 24. Juni d. J. — Man darf wohl erwarten, daß die Mehrheit der konservativen Wähler des gem. Wahlkreises dem Johannsburg Beschlusse nicht beitreten wird. Die Mandatsniederlegung eines so hervorragenden Abgeordneten, wie des Grafen Stolberg-Berningerode, würde für den deutschen Reichstag einen empfindlichen Verlust bedeuten.

Die behauerliche Zerspitterung der Bürgerlichen im Reichstagswahlkreis Halle a. S. wird hoffentlich der Sozialdemokratie nicht zum Siege verhelfen. Nachdem sich die großen politischen Parteien des Bürgertums auf den freisinnigen Volksparteiern Reimann-Berlin geeinigt hatten, bereitete die Aufstellung eines Sonderkandidaten in der Person des Obermeisters Guede durch den Bund der Handwerker eine schmerzliche Enttäuschung. Die Verhältnisse im Wahlkreis liegen eben so, daß dieser nur bei voller Geschlossenheit aller bürgerlichen Parteien der Sozialdemokratie vorentreten werden kann.

Die Erhöhung des Reichsbank-Diskonts um ein volles Prozent von 4 auf 5 Prozent und des Lombard-Zinsfußes von 5 auf 6 Prozent, auf die schon hingewiesen wurde, erfolgte angesichts der starken spekulativen Tätigkeit und wegen des zu erwartenden Aufschwunges der wirtschaftlichen Konjunktur. Mit dem gegenwärtigen Diskontsatz hofft man, für den Rest des Jahres auszukommen, und beschloß auch darum die Erhöhung um ein volles Prozent, um nicht eventuell in wenigen Wochen wieder durch Steigerung des Zinsfußes erneut Beunruhigung zu schaffen. In seiner Erklärung zu der ergriffenen Maßnahme sagte Reichsbank-Präsident Havenstein u. a., daß die umlaufenden Banknoten zum ersten Male den Betrag von 2 Milliarden überstiegen hätten, und daß die Menge der ungedeckten Noten größer sei als jemals zuvor in der gleichen Zeit.

Die beschäftigungslosen Tabakarbeiter und der 4 Millionen-Fonds. Die großen Zigarrenfabriken Deutschlands sehen sich infolge der neuen Tabaksteuer sowie infolge der oor dem Inkrafttreten des Gesetzes erfolgten Aufspeicherung von Zigarren-Vorräten seitens der Raucher zu erheblichen Betriebsbeschränkungen und Arbeiterentlassungen gezwungen. Die entlassenen und beschäftigungslos gewordenen Arbeiter fordern nun nicht nur sofortige Unterstützung aus dem zu diesem Zwecke ausgeworfenen 4 Millionen-Fonds, sondern gleichzeitig auch eine nachträgliche und alsbaldige Erhöhung des genannten Fonds. — Wer schnell gibt, gibt doppelt, das sagt sich auch die Regierung in dem vorliegenden Falle. Da sie aber ohne Zustimmung des Reichstags die fragliche Summe nicht erhöhen kann, so muß sie erst einen Ueber-

blick über den voraussichtlichen Gesamtumfang der Entschädigungsleistung gewinnen, ehe sie mit der Auszahlung von Beiträgen beginnen kann. Das ist für die betroffenen Arbeiter unangenehm, läßt sich aber nicht ändern.

Bremen, 11. Oktober. Das von der Aktien-gesellschaft Weser in Bremen erbaute Linienschiff „Westfalen“ hat gestern seine Vorprobefahrt in die Nordsee zur vollen Zufriedenheit erledigt und wird am 14. Oktober die Fahrt nach Wilhelmshaven antreten.

Österreich-Ungarn.

Lueger über den deutschen Charakter Wiens. Die Christlich-Sozialen Wiens sind durch die immer stärkere Annäherung des Wiener Tschechentums gründlich von ihrer früheren Vertrauensseligkeit gegenüber der tschechischen Einwanderung in die alte Kaiserstadt geholt worden. Ihr bedeutendster Führer, derselbe Oberbürgermeister Lueger, der noch vor wenigen Jahren deutsche Hinweise auf das bedenkliche Anwachsen des Tschechentums in den Mauern Wiens mit dem Worte zurückwies, „Laßt mir meine Böhmen in Ruhe“, hielt bei der am 7. Oktober vorgenommenen Bürgervereidigung eine Rede, worin er erklärte, er sei als Bürgermeister der Reichshauptstadt verpflichtet, dahin zu wirken, daß der deutsche Charakter der Stadt erhalten bleibe, und er sei entschlossen, diesen unter allen Umständen zu wahren. Er schloß nach den Mitteilungen des B. D. A. seine Ausführungen mit der bedeutenden Erklärung: „Wer nach Wien kommt, ist verpflichtet, die deutsche Sprache zu lernen, weil er hier sein Fortkommen findet. Ich werde streng darauf sehen, daß in meiner Vaterstadt Wien nur eine deutsche Schule besteht und keine andere!“

Ausland.

Nach einer Meldung aus Livadia steht es nunmehr fest, daß die Zarin ihren Gatten auf seiner Reise nach Italien nicht begleiten wird. Römischen Blättermeldungen zufolge wird die Zusammenkunft des Königs von Italien mit dem Zaren in Racconighi stattfinden. Der Zar wird sich dort drei Tage aufhalten.

Türkei.

Die Behörden von Saloniki bezeichnen die Meldungen von einem Fluchtversuch des Sultans als völlig unbegründet. In der Villa Mantini habe sich nichts Bemerkenswertes ereignet, auch sei keine Verschärfung des Wachdienstes eingetreten. Lediglich das Erscheinen der türkischen Flotte habe den Exsultan Abdul Hamid aufgeregt, weil er sich deren Anwesenheit nicht erklären konnte.

Italien.

Rom, 11. Okt. Nach dem „Messaggero“ besteht außer dem Mittelmeerabkommen zwischen Frankreich, England und Italien noch ein besonderes Abkommen zwischen England und Frankreich, und zwar für den Fall eines Konfliktes zwischen dem Dreibund und dem Zweibund. Danach müsse Frankreich eine Flotte gegen das österreichische und das italienische Geschwader konzentrieren, während England Frankreichs und Englands Küsten gegen die deutsche Flotte zu schützen habe. Die jüngsten Dislokationen der englischen und französischen Schiffe seien die Folge dieses Uebereinkommens, das im übrigen Italien nicht berühre, da dieses durch keine Klausel gebunden sei, seine Mittelmeerinteressen anders zu wahren, als es bereits in Ageciras getan.

Spanien.

Nach einer noch nicht bestätigten Meldung aus Barcelona soll das Kriegsgericht das Todesurteil über den Anarchisten Ferrer gefällt haben.

Amerika.

Die Anwesenheit Großadmirals von Röstler bei der Hudson-Gulton-Feier in Newyork benutzte ein amerikanisches Blatt, um den Großadmiral über seine Ansicht von der Möglichkeit eines deutsch-

englischen Krieges zu befragen. Großadmiral von Röstler sprach in freimütiger Weise nochmals aus, was schon des öfteren gesagt worden war: Das Kriegsgerede in England wurde durch professionelle Politiker in einer künstlichen Presse befohrt, Deutschland wünsche dauernden Frieden. Dieselbe Ansicht hat auch Admiral Seymour, der bekannte sympathische englische Flottenführer geäußert.

Lokale und sächsische Nachrichten.

Eibenstock, 12. Oktober. Im Auftrage der Bauleitung des obererzgebirgischen Bauängerbundes legte am heutigen Jahrestage des Ablebens seines ehemaligen Stellvertretenden Vizepräsidenten, unseres so allgemein beliebt gewesenen Herrn Kantors Viertel, eine Deputation des hies. Sängerbundes einen Lorbeerkranz auf das Grab des Verewigten nieder.

Hundshübel. Der „Vaterländische Volksverein zu Hundshübel“ hielt, wie uns berichtet wird, am Sonntag, den 10. d. M. nachmittags im Saale vom Wappler'schen Gasthofs in Hundshübel eine öffentliche Volksversammlung ab. Herr Bürgermeister Hesse aus Eibenstock hatte sich in liebenswürdiger Weise zu einem Vortrag über „Selbstverwaltung und Politik“ bereit finden lassen. Die Selbstverwaltung der Gemeindefassen, so führte er aus, ist in Deutschland durch den Freiherren von Stein zur Einführung gelangt. Er befreite die Zeitung und Verwaltung der Gemeinden durch die Regierungsbehörden und überließ letzteren nur noch die Oberaufsicht bei der Verwaltung der Gemeinden. Die Gemeindefassen Deutschlands haben sich infolge der Selbstverwaltung in jeder Hinsicht zu hoher Blüte entfaltet; die Selbstverwaltung hat dadurch gleichzeitig ganz wesentlich zur Entwicklung aller wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands beigetragen. Gefährdet kann das Recht der Selbstverwaltung werden durch Eingriffe sowohl von oben, von Seiten der Regierung, als auch von unten her, von Seiten der Massen. Gegen die Eingriffe der Regierung schützt die Gemeinden in gewisser Beziehung das Oberverwaltungsgericht, welches entscheidet, ob getroffene Maßnahmen oder Anordnungen mit den bestehenden Gesetzen im Einklang stehen, und das durch seine Entscheidungen allmählich feste Normen schafft. Die Massen gefährden die Selbstverwaltung durch Hineintragen der Politik in die Verwaltungskörper der Gemeinden. Dabei kann es sich sowohl um Klempolitik — die Politik von Einzelnen oder Claqueurs innerhalb der Gemeinden handeln, die versuchen die Verwaltungskörper ihren eigenen, selbstsüchtigen Zwecken untertan zu machen — als um Grobpolitik — die Politik der großen politischen Parteien. Besonders sind es in letzter Beziehung die Sozialdemokraten, die versuchen in den Verwaltungskörpern der Gemeinden zur Herrschaft zu gelangen. Ihr Einfluß in denselben ist ebenso verwerflich und verwerflich, wie der Einfluß einzelner, wenn er zu selbstsüchtigen Zwecken ausgeübt wird. Die Sozialdemokraten gehorchen in erster und letzter Hinsicht nur den Führern ihrer Partei, mithin Einflüssen, die außerhalb der Gemeindefassen liegen, diesen fernstehen und kein Interesse an ihnen haben. Den Führern steht die Partei selbstredend über der Gemeinde. Mithin stellen auch die in den Verwaltungskörpern der Gemeinden tätigen Sozialdemokraten die Partei stets dem Wohle der Gemeinde voran. Aber nur dann kann die Selbstverwaltung gute Früchte zeitigen, wenn jedes Mitglied der Verwaltungskörper stets selbstlos das Wohl der Gemeinde als erstes und höchstes Ziel im Auge hat. Aus diesem Grunde muß auch jeder gutgesinnte Bürger danach streben, jedwede Politik und vor allem auch die Sozialdemokratie aus den Gemeindefassungsverwaltungskörpern fern zu halten, damit unserem deutschen Gemeindefassen die Selbstverwaltung stets ungeschmälert erhalten bleibt und sie stets als Teile unseres deutschen Vaterlandes blühen, wachsen und gedeihen und mit ihnen auch das Ganze, unser deutsches Vaterland immerdar wachse, blühe und gedeihe. — Reicher Bei-